



Am 22. und 23. März stimmen die Italiener über eine Reform ab, die auf den ersten Blick technisch wirkt, tatsächlich aber tief in das politische Gefüge des Landes eingreift. Was als institutionelle Neuordnung der Justiz präsentiert wird, hat sich zu einem politischen Stresstest für Ministerpräsidentin Giorgia Meloni entwickelt – und damit zu einer Vorentscheidung im Vorfeld der Parlamentswahlen 2027.

Eine Reform mit strukturellem Gewicht

Im Zentrum der Vorlage steht ein Eingriff in das Selbstverständnis der italienischen Justiz. Bislang gehören Richter und Staatsanwälte demselben Berufsstand an, wechseln im Laufe ihrer Karriere mitunter zwischen beiden Funktionen. Dieses Modell soll nun aufgebrochen werden. Künftig sollen Ankläger und Richter strikt getrennte Laufbahnen verfolgen, begleitet von einer institutionellen Neuordnung der Selbstverwaltungsorgane.

Die Regierung argumentiert, diese Trennung sei Ausdruck eines modernen Rechtsstaatsverständnisses: Wer anklagt, solle nicht zugleich Teil desselben Systems sein wie jene, die urteilen. Die Reform verspricht aus Sicht der Befürworter mehr Transparenz, klarere Verantwortlichkeiten und eine Stärkung des Vertrauens in die Unparteilichkeit der Justiz.

Doch gerade diese Argumentation offenbart die Tragweite des Projekts. Denn sie berührt nicht nur organisatorische Fragen, sondern das Gleichgewicht zwischen den Gewalten – ein empfindlicher Punkt in einem Land, dessen politische Geschichte von institutionellen Spannungen geprägt ist.

Historische Spannungen zwischen Politik und Justiz

Das Verhältnis zwischen italienischer Politik und Justiz ist seit Jahrzehnten konfliktreich. Spätestens seit den Korruptionsermittlungen der 1990er Jahre, die das alte Parteiensystem erschütterten, gilt die Justiz als ein eigenständiger Machtfaktor. Für viele Italiener wurde sie zum Symbol eines funktionierenden Gegenpols zu politischen Eliten.

Gleichzeitig hat insbesondere das konservative Lager wiederholt Kritik an einer vermeintlich politisierten Justiz geübt. Bereits unter Silvio Berlusconi wurde der Vorwurf laut, Teile der Staatsanwaltschaft agierten mit ideologischer Schlagseite. Giorgia Meloni knüpft an diese Tradition an, formuliert ihre Kritik jedoch in institutioneller Sprache: Es gehe nicht um Konfrontation, sondern um „Klarheit“ und „Balance“.



Die Reform ist damit auch Ausdruck eines längerfristigen politischen Projekts: die Rückdrängung eines als zu mächtig empfundenen Justizapparats und die Neudefinition seiner Rolle im demokratischen System.

Kritik der Opposition: Gefahr für die Unabhängigkeit

Die Gegner der Reform sehen darin hingegen eine potenzielle Schwächung der Gewaltenteilung. Insbesondere die geplante Trennung der Karrieren wird kritisch bewertet. Sie könnte, so die Befürchtung, die Staatsanwaltschaft isolieren und ihre institutionelle Stärke untergraben.

In Italien genießen Staatsanwälte traditionell eine weitreichende Unabhängigkeit. Sie sind nicht weisungsgebunden wie in manchen anderen europäischen Ländern. Diese Autonomie hat es ihnen ermöglicht, auch gegen politisch einflussreiche Akteure zu ermitteln. Kritiker der Reform warnen, dass genau diese Fähigkeit langfristig eingeschränkt werden könnte – nicht unbedingt durch direkte politische Eingriffe, sondern durch subtilere strukturelle Veränderungen.

Hinzu kommt ein weiterer Einwand: Die Reform gehe am Kernproblem vorbei. Die italienische Justiz leidet seit Jahren unter langen Verfahrensdauern, ineffizienten Abläufen und struktureller Überlastung. Die nun vorgeschlagenen Änderungen betreffen jedoch primär die institutionelle Architektur, nicht die Funktionsfähigkeit im Alltag.

Ein Referendum wird zur politischen Abstimmung

Dass die Abstimmung weit über juristische Detailfragen hinausgeht, zeigt der Verlauf des Wahlkampfs. Die Auseinandersetzung hat sich rasch personalisiert. Zustimmung oder Ablehnung werden vielfach als Ausdruck der Haltung gegenüber Giorgia Meloni interpretiert.

Diese Dynamik ist nicht ungewöhnlich für Italien, wo politische Entscheidungen häufig stark an Personen gebunden sind. Doch im vorliegenden Fall ist die Personalisierung besonders ausgeprägt. Meloni selbst hat die Reform zu einem zentralen Projekt ihrer Regierung erklärt und sich aktiv in den Abstimmungskampf eingeschaltet.

Damit geht sie ein kalkuliertes Risiko ein. Ein Erfolg würde ihre Position festigen – nicht nur innenpolitisch, sondern auch auf europäischer Ebene, wo sie sich als verlässliche, reformorientierte Regierungschefin positionieren will. Ein Scheitern hingegen könnte als Signal politischer Verwundbarkeit interpretiert werden.



Innenpolitische und europäische Dimensionen

Die Bedeutung des Referendums erschließt sich auch im Kontext der aktuellen Lage Italiens. Wirtschaftlich bleibt das Land hinter den Erwartungen zurück, strukturelle Probleme wie hohe Staatsverschuldung und geringe Produktivität bestehen fort. Sozialpolitisch ist die Stimmung angespannt, auch wenn größere Krisen bislang ausgeblieben sind.

In dieser Situation bietet die Justizreform ein politisches Mobilisierungsthema. Sie verbindet institutionelle Fragen mit identitätspolitischen Elementen: Ordnung, Staatlichkeit, Effizienz. Für Meloni ist dies ein Feld, auf dem sie ihre politische Erzählung – die einer „Erneuerung“ Italiens – plausibel inszenieren kann.

Gleichzeitig wird das Ergebnis auch in Brüssel aufmerksam verfolgt. Die Europäische Union legt großen Wert auf rechtsstaatliche Standards. Während die italienische Reform formal nicht gegen europäische Prinzipien verstößt, könnte ihre Umsetzung dennoch Fragen aufwerfen – insbesondere, wenn sie als Einschränkung der richterlichen Unabhängigkeit interpretiert wird.

Die Logik der Personalisierung

Ein zentrales Merkmal dieses Referendums ist die Verschiebung vom Sachthema zur Person. Diese Entwicklung ist symptomatisch für viele westliche Demokratien, in denen politische Entscheidungen zunehmend als Vertrauensabstimmungen über Führungspersonen wahrgenommen werden.

Für Meloni ist diese Logik ambivalent. Einerseits stärkt sie ihre Position als zentrale Figur des politischen Systems. Andererseits erhöht sie die Fallhöhe: Jeder politische Rückschlag wird unmittelbar mit ihrer Person verknüpft.

Die Abstimmung über die Justizreform wird so zu einem Gradmesser für ihre politische Autorität. Sie entscheidet nicht nur über institutionelle Fragen, sondern auch über die Fähigkeit der Ministerpräsidentin, Mehrheiten zu organisieren und ihre Agenda durchzusetzen.

Am Ende steht mehr zur Debatte als die Trennung von Richter- und Staatsanwaltskarrieren. Es geht um das Selbstverständnis des italienischen Staates, um das Verhältnis von Politik und Justiz – und um die Stabilität einer Regierung, die ihren Anspruch auf grundlegende Reformen unter Beweis stellen will. In einem Land, in dem Institutionen oft zugleich Schauplatz und



Referendum als Machtprobe: Giorgia Meloni und der Umbau der italienischen Justiz

Instrument politischer Konflikte sind, markiert dieses Referendum einen Moment erhöhter Klarheit: über Kräfteverhältnisse, über politische Narrative – und über die Richtung, in die sich die italienische Demokratie entwickeln könnte.

Autor: P. Tiko